

Amts- und Anzeigengeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 4 M. 50 Pf. oder monatlich 1 M. 50 Pf. in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Die Stelle über den Inhalt der Anzeigen wird durch den Redakteur übernommen. — Bei der Abgabe der Anzeigen ist die Zahlung der Gebühren vorzunehmen. — Die Redaktion übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Angaben. — Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Angaben.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsefeld, Hundshübel, Reudelitz, Oberpöhlitzgrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Seja, Unterpöhlitzgrün, Wilsdorf usw.

Anzeigenpreis: die Hauptspalte 25 Pf. Im Restteil die Spalte 10 Pf. Im amtlichen Teile die Spalte 5 Pf. Die Anzeigen der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen.

Druckerei Nr. 119.

Druckort, Schriftleiter, Druck und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock. 66. Jahrgang.

Nr. 279.

Mittwoch, den 3. Dezember

1919.

Kleinhandelshöchstpreise für Kandiszucker.

Für den Verkauf von Kandiszucker im Kleinhandel werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

für Kandis braun M. 1.24 für das Pfund
Kandis weiß M. 1.26

Kleinverkauf ist der Verkauf unmittelbar an Verbraucher in der in offenen Läden üblichen Art.

Vorstehende Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 und der dazu ergangenen Abänderungsverordnungen.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.
Dresden, den 28. November 1919.

1211 VLA Ic
13028
Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

Nachstehende Bekanntmachung der Reichsfleischstelle wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 28. November 1919. 2753a VLA III
13027

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

Bekanntmachung

zu der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919.

Gemäß § 2 der heute vom Reichswirtschaftsminister vollzogenen neuen Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden beträgt vom 1. Dezember 1919 ab der **Häutezuschlag, der an den Tierhalter zu zahlen ist, sechs Zehntel des durchschnittlichen Mehrerlöses.** Das bisherige Reichsdrittel fällt weg. Der Rest verbleibt dem Kommunalverband.

Die auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 23. September 1919 (Reichs-Gesetzl. S. 1714) von der Reichsfleischstelle erlassene Bekanntmachung vom 10. November 1919 wird daher für die Zeit vom 1. bis 14. Dezember 1919 einschließlich wie folgt geändert:

Der Häutezuschlag, der an den Tierhalter zu bezahlen ist, beträgt vom 1. bis 14. Dezember 1919 einschließlich auf den Zentner Lebendgewicht bei:

| | |
|--|----------|
| Kündern, ausgenommen Küber | 34,20 M. |
| Kübern | 63,— " |
| Schafen | 36,— " |
| Pferden, einschließlich Fohlen, Esel, Maultiere und Maulesel | 21,60 " |

An das Reich ist ein Anteil nicht mehr abzuführen.
Berlin, den 26. November 1919.

Die Reichsfleischstelle
Verwaltungsabteilung.
Der Vorsitzende: v. Oftertag.

Städtischer Lebensmittelverkauf.

Mittwoch, 3. Dezember, Marke Q 4: 90 g Margarine zu 90 Pf. Marke Q 6: 100 g Quark zu 34 Pf.

Donnerstag, 4. Dezember, Marke Q 3: 250 g Auslandszucker zu 205 Pf. Marke Q 3: 125 g Marmelade zu 33 Pf.

Freitag, 5. Dezember, Marke Q 1: 250 g Suppe zu 90 Pf. Nährmittelsuhrkarte IV 15: 250 g Reis zu 110 Pf. Schmalzeinsuhrkarte IV 13: 50 g Speiseöl zu 75 Pf.

Kindernährmittel: 125 g Grieß zu 23 Pf., 1 Päckchen Milchspeise zu 65 Pf. Stillende und werdende Mütter erhalten außer 1/4 Pfd. Grieß zu 23 Pf. 1 Pfd. Gerstenflocken zu 62 Pf.

Eibenstock, den 1. Dezember 1919. Der Stadtrat.

Städt. Verkauf von Fleischkonserven und Hühnerfutter

Mittwoch, den 3. d. Mts., vorm. von 8—12 Uhr in der städt. Verkaufsstelle Bergstraße 7. Preise wie bekannt.

Eibenstock, den 2. Dezember 1919. Der Stadtrat.

17. öffentliche Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums

Mittwoch, den 3. Dezember 1919, abends 7 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses.

Eibenstock, den 29. November 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
Hans Hoehl.

Tagesordnung.

1. Aenderung der Unterstützungsätze der Erwerbslosenfürsorge.
2. Bewilligung der Winterbeihilfe für die Erwerbslosen.
3. Endgültige Genehmigung der Realschule und Aenderung der Realschulordnung.
4. Bewährung einer Kostenbeihilfe zum Besuche eines Unterrichtslehrganges für Handfertigkeitsunterricht.
5. Festlegung der Vergütung für Ueberstunden
 - a) an Volksschule und Knabenfortbildungsschule,
 - b) an der Realschule.
6. Bericht auf Rückforderung gezahlter Gehaltsvorschuße an Hilfslehrer.
7. 75 jähriges Bestehen des Frauenvereins.
8. Kenntnisnahmen.

Schulanmeldung für Ostern 1920 in Eibenstock

im Amtszimmer des Schulleiters
Mittwoch, 10. Dezember, 9—12: Knaben A—L,
2—4: " " M—Z.

Donnerstag, 11. Dezember, 9—12: Mädchen A—L,
2—4: " " M—Z.

Eibenstock, den 1. Dezember 1919.

Die Schulleitung.
Peyold.

Die letzte Woche.

Auch nach dem Weltkriege wird der Völkerverkehr im hohen Maße vom Geschäftsleben beeinflußt sein, und zwar um so mehr, als dem letzteren statt der Politik die versöhnende Rolle beschieden ist, die doch einmal kommen und mit den Jahren auch ihre Wirkung erzielen muß. Im Geschäftsleben aber hat noch zu allen Zeiten der Grundsatz sich als Wahrheit bewährt, daß Kulanz, Entgegenkommen, sich bezahlt macht. Deutschland hat Anspruch auf diese Kulanz, schon der außerordentliche Einsatz, mit dem Reichsregierung und Nationalversammlung trotz aller Opfer bestrebt sind, die Reichsmünzen auf neue feste Grundlagen zu stellen, sollte Entgegenkommen bei der Entente auslösen. Denn je mehr wir den allen unnötigen Bedrückungen befreit werden, um so glatter vollzieht sich die Abzahlung der Kriegskosten. Amerika will zum Besten des heimischen Volkswirtschafts die Ratifizierung des Friedensvertrages bis ins neue Jahr hinausschieben, wenigstens fügt sich der Präsident Wilson den Vorbehalten des Senats in Washington einzuweisen, aber das braucht kein Anlaß zu sein, die Publikation der Friedensgeltung wieder hinauszuschieben. Leider sind die Aussichten auf Wiedererlangen schwach, unsere Unterhändler haben weder in der Frage der Auslieferung von Schiffbaumaterial, noch in der Herabsetzung der Zahl von Militärs etwas Kennenswertes bisher erlangen können. Dieser Zustand der andauernden, systematischen Verleumdung der deutschen Republik ist unhaltbar. Wir glauben nicht, daß die Amerikaner darin auf Schritt und Tritt dem Beispiel von London und

Paris folgen werden, mögen sie wahrlich nicht unsere Freunde sein. Die amerikanische Geschäftstätigkeit kann da mehr nützen, als die Kundgebungen des Präsidenten Wilson über seinen Völkerverkehr, die den Widerstreit der bestehenden Interessen doch nicht beseitigen werden.

Nach Eintritt einer längeren Pause in den Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat die Nationalversammlung sich wieder an die Erledigung der neuen Steuerordnungen gewandt und die umfangreiche Abgabenordnung nach den Beschlüssen ihrer Kommission angenommen. Auch die große Vermögensabgabe wird noch im alten Jahre genehmigt werden, so daß ihrem Inkrafttreten mit dem 1. Januar nichts im Wege steht. Dann kommen Umsatzsteuer und Einkommensteuer an die Reihe. Die Aufmerksamkeit galt aber weniger diesen finanziellen Notstandsgeetzen, als den weitläufigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialisten über das Betriebsrätegesetz. Die geschlossene deutsche Arbeit kann nicht verschiedenen Herren dienen, denn bei den heutigen sehr schwierigen internationalen Konkurrenz-Verhältnissen müssen wir uns wirklich davor hüten, daß viele Köpfe den Drei verderben. Wenn die deutsche Industrie erst lange herumirren muß, was sie tun soll, dann hat sie aufgehört, konkurrenzfähig zu sein. Derartige Krisen stellen einen Luxus dar, den wir uns heute nicht gestatten dürfen. Das praktische grüne Leben würde durch die graus Theorie gejeßelt und wehrlos gemacht werden. Verkehr, Kohlen- und Lebensmittelangelegenheiten weisen in Folge der gekünderten Witterung eine Besserung auf.

Zuverlässige Bürgschaften für die Zukunft sind aber damit noch nicht erbracht worden.

Am 28. November war es ein Jahr, daß der letzte deutsche Kaiser in Amerongen in Holland die Abdankung unterzeichnet hatte. Die beabsichtigte Prozeßführung der Entente ruft von Woche zu Woche widersprechende Meldungen hervor, die zeigen, daß verschiedene Strömungen gegeneinander kämpfen. Der Weltkrieg und dies Rechtsverfahren würden nur das miteinander gemein haben, daß in beiden nichts vom Recht zu finden ist. Es ist nach wie vor nicht anzunehmen, daß Deutschland ernstlich zugunsten werden kann, tüchtige Männer dem Gericht der Entente auszuliefern, weil sie das taten, was durch die Pläne der Gegner notwendig geworden war. Im Baltikum haben heftige Kämpfe zwischen der noch dort befindlichen deutschen Eisenbahn Division und den bolschewistischen Partegängern stattgefunden, von deren Uebermacht unsere Völkerverkehr arg bedrängt waren. Wenn es auch bei der Sachlage unklar war, trotz aller Warnungen auf russischem Gebiet auszuhalten, so wollen wir doch hoffen, daß alles noch zu einem guten Ende kommt. Der äußersten Wendung müssen wir jedenfalls zu weichen suchen, denn kein Deutscher kann es zusehen in schwerster Gefahr, bei der es sich um Tod und Leben handelt, im Stiche lassen, wenn er zu helfen vermag. Die Zeit entschuldigt manchen Trost, der die Verhältnisse verschärft hat. Erreichtlicherweise truteten die letzten Meldungen beruhigender.

Die Wahlen in Frankreich haben den Ministerpräsidenten Clemenceau als Diktator seines Landes bestätigt, und seine Macht bekommt Deutschland wie-